

PRESSEMITTEILUNG

Landesregierung schlägt Anne Drescher als Stasiunterlagen-Beauftragte vor

Die Landesregierung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, Anne Drescher erneut für das Amt der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes vorzuschlagen.

„Anne Drescher hat sehr gute Arbeit als Landesbeauftragte geleistet. Sie hat mit ihrem Team zahlreiche Bürgerinnen und Bürger beraten, Veranstaltungen und Ausstellungen für die Politische Bildungsarbeit ausgerichtet und vor allem den Opfern der SED-Herrschaft eine klar vernehmbare Stimme gegeben. Wir schlagen vor, dass sie ihre Arbeit fortsetzt“, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Anschluss an die Kabinettsitzung.

„Anne Drescher hat es geschafft, die gute Arbeit ihrer Vorgänger nicht nur fortzuführen, sondern auch weiterzuentwickeln. Sie hat neue Forschungsfelder eröffnet und damit bewiesen, dass das SED-Unrecht noch lange nicht aufgearbeitet ist. Denn die Willkür in der DDR ist nicht nur auf Stasi-Inhaftierung zu reduzieren. Vielen DDR-Bürgern waren Berufswege versperrt worden. Familien wurden getrennt. Viele Lebensträume wurden zerstört. Den Opfern sind wir die Aufarbeitung und Rehabilitierung schuldig“, erklärte Justizministerin Katy Hoffmeister.

Der oder die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes wird auf Vorschlag der Landesregierung vom Landtag mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Die einmalige Wiederwahl ist zulässig. Nach dem Vorschlag durch die Landesregierung muss nun also der Landtag über die Wahl Dreschers entscheiden.

LReg

Schwerin, 05.06.2018

Nummer: 120/2018

Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 2–4
19053 Schwerin
Telefon: +49 385 588-1040
Telefax: +49 385 588-1048
E-Mail: Pressestelle@stk.mv-regierung.de
Internet: www.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Andreas Timm